

Karl-Anton Wohlwend: «Wir müssen den Weg miteinander gehen»

Interview Die soziale Versorgung sowie das Amt für Soziale Dienste (ASD) sind im Wandel. Amtsleiter Karl-Anton Wohlwend spricht über die bevorstehenden Herausforderungen.

VON SILVIA BÖHLER

«Volksblatt»: Herr Wohlwend, Sie sind fast ein Jahr im Amt. Wie haben Sie sich eingelebt?

Karl-Anton Wohlwend: Dank der guten Unterstützung meiner Mitarbeitenden habe ich mich sehr gut eingelebt. Mit meiner früheren Tätigkeit im Gesundheitswesen und im kirchlichen Bereich bringe ich sehr viel Führungserfahrung und Erfahrung mit Menschen in besonderen Situationen mit. Trotzdem bin ich sehr froh, fachlich auf die Kompetenz meiner Mitarbeitenden - Sozialarbeiter und -pädagogen, Psychologen und Psychiater - zurückgreifen zu können, denn die Komplexität der Schicksale unserer Klienten war für mich neu.

Das Amt für Soziale Dienste soll umstrukturiert werden, der Bericht und Antrag (BuA) an den Landtag wurde allerdings von der neuen Regierung zurückgezogen. Haben Sie nun noch ein Mitspracherecht und Gestaltungsmöglichkeiten?

Gemeinsam mit meinem Kader haben wir den Entwurf der Umstrukturierung gesichtet und bemerkt, dass die Vorschläge, die im BuA enthalten sind, nicht der Realität der Menschen entsprechen. Es gab daher auch sehr viel Widerstände. Mir war wichtig, den BuA erstmals zur Seite zu legen und mit dem Kader in Workshops zu sehen, wo drückt der Schuh.

Zu welcher Erkenntnis sind Sie gekommen?

Der BuA enthält viel Wahrheit und gute Grundlagenarbeit in Bezug auf das «Was» zu tun ist. Das Thema ist nun das «Wie» - wie können wir die Massnahmen umsetzen. Ein Weg, den wir miteinander gehen wollen. Wir haben dazu in der Amtsleitung sechs strategische Handlungsfelder entwickelt, die drei wichtige Projekte beinhalten.

Welche Projekte sind das?

Zum einen planen wir eine Bedarfsplanung, damit wir die Bedürfnisse der Klienten kennen und wissen, wo wir investieren müssen. Darauf aufbauend sollen standardisierte Leistungsvereinbarungen und Budgetverträge mit den verschiedenen Sozialhilfeorganisationen vereinbart werden. In der heutigen Zeit, in der Sparmassnahmen das Thema sind, braucht es standardisierte Konzepte. Es gibt zwar bereits Leistungsvereinbarungen, aber diese decken nur einzelne Bereiche ab, an vielen Orten fehlen die Vereinbarungen. Das dritte Projekt sind unsere Kernprozesse. Hier sind wir aktuell daran, zu analysieren, ob es intern Prozesse gibt, die wir optimieren können, aber wir prüfen auch unsere Schnittstellen nach aussen.

Und wie ist der aktuelle Stand?

Bereits im Oktober vergangenen Jahres haben wir eine erste Reorganisation durchgeführt. 1,3 Stellen konnten wir abbauen, das macht etwa 5 Prozent unserer Ressourcen aus. Wir haben unter anderem therapeutische Aufgaben ausgegliedert, etwa die psychiatrischen Leistungen für externe Organisationen. Diese Arbeit kann auch ein frei praktizierender Psychiater übernehmen.

Sie haben zudem im Präventionsbereich 0,4 Stellen gestrichen. Warum?

Auch wir haben die Verantwortung, einen Beitrag zum Staatshaushalt zu leisten. In der akuten Hilfe, etwa der Kinder- und Jugendhilfe, können wir keine Stellen streichen, im Präventionsbereich ist das eher möglich. Deshalb haben wir unter anderem bei der Suchtprävention reduziert.

Und das, obwohl der aktuelle Polizeibericht einen massiven Anstieg von Suchtproblemen bei Jugendlichen belegt?

Als der Entscheid gefällt wurde, war dieser Anstieg noch nicht erkennbar. Irgendwann müssen wir eine Entscheidung fällen und einen Schritt vorwärts gehen. Die Prävention hat nach wie vor einen hohen Stellenwert, abgespeckt wird vor allem die Prävention im Erwachsenenbereich, hier setzen wir auf eine höhere Selbstverantwortung.

Die grosse Veränderung sollte die Zusammenführung der Sozialorganisationen im Land und die Bildung einer Stiftung sein. Verfolgen Sie diese Ziele weiter?

Gegen diesen Vorschlag hat es sehr grossen Widerstand gegeben. Wir hätten sehr viele Ressourcen benötigt, um die Menschen in den einzelnen Sozialhilfeorganisationen zu überzeugen, die neue Organisation umzusetzen. Nun versuchen wir, die Umstrukturierung gemeinsam mit den Organisationen aufzugleisen, und hoffen, einen Weg beschreiten zu können, bei dem wir miteinander eine Lösung finden. Grundlage bildet das Projekt der Bedarfsplanung. Hier soll zuerst festgestellt werden, welche Bedürfnisse aufgrund der vorliegenden Klientenstruktur vorhanden sind.

Viele Sozialhilfeorganisationen sind derzeit versichert, weil sie nicht wissen, wie es weitergehen wird.

Wir suchen Lösungen für unsere Klienten. Gewisse Bedürfnisse der Klienten werden von mehreren Sozialhilfeorganisationen im Land abgedeckt, für andere Bedürfnisse finden wir derzeit keine Lösungen. Ziel der Bedarfserhebung ist es, den Markt zu erfassen. Welche Klienten haben wir, welche Anforderungen stellen deren Problematik an uns. Anschliessend wird geschaut, welche Lösungen möglich sind. Der Markt ist relativ klein. Wahrscheinlich braucht es an gewissen Orten auch eine Bereinigung. Zudem haben wir ein begrenztes Budget und müssen das Geld vernünftig und verantwortungsvoll einsetzen. Derzeit haben wir Budgetvereinbarungen mit 40 Sozialhilfeorganisationen und geben aktuell rund 20 Millionen Franken im Jahr dafür aus. Sei es für Betreutes Wohnen, verschiedene Arbeitsprojekte, Kindertagesstätten, Familienhilfe, Eltern-Kind-Forum und so weiter. Künftig werden zudem die IV-Beiträge reduziert, diese Finanzierung werden wir übernehmen und damit in Zukunft rund 24 Millionen Franken steuern.

Bas wann sollen die strukturellen Anpassungen abgeschlossen sein?

Die Bedarfserhebung ist für 2015 geplant, bis Ende 2016 wollen wir eine Klärung haben, welche Leistungen

abzudecken sind und auch die entsprechenden Leistungsaufträge an die Sozialhilfeorganisationen vergeben.

Bis dahin geht die Arbeit allerdings weiter, der grösste Teil Ihrer Klienten sind die Arbeitslosen und Erwerbsunfähigen? Können Sie uns aktuelle Zahlen für 2013 nennen?

Bei den Arbeitslosen haben wir im vergangenen Jahr eine Steigerung von 5 Prozent, bei den Erwerbsunfähigen eine Steigerung von 20 Prozent zu verzeichnen. Auch die Anzahl der überschuldeten Personen hat zugenommen. Im Jahr 2013 haben wir 7,2 Millionen Franken für die wirtschaftliche Sozialhilfe ausgegeben. Das ist ein massiver Anstieg gegenüber 2012 und wir mussten daher einen Nachtragskredit stellen.

Welche Gründe sind ausschlaggebend für diesen enormen Anstieg?

Die Gründe dafür sind vor allem die Arbeitslosigkeit. Einen starken Anstieg gab es bei den Arbeitslosen über 50 Jahre. Wir sehen, dass diese Gruppe zudem relativ lange bei uns bleibt und Mühe hat, wieder Arbeit zu finden. Entscheidend ist hier oft die vorhandene oder nicht vorhandene Ausbildung. Ein weiterer Grund für die höheren Kosten sind die restriktiven Vergaben der Invalidenversicherung in den vergangenen Jahren. Höhere Anforderungen den Sozialversicherungen wie beispielsweise der Invalidenversicherung, der Arbeitslosenversicherung

«Aktuell sind über 500 Haushalte betroffen. Das ASD ist das letzte Auffangnetz der Gesellschaft.»

oder bei den Mietbeihilfen bedeutet, dass mehr Menschen unter das Existenzminimum fallen. Insgesamt sind aktuell über 500 Haushalte betroffen. Das ASD ist das letzte Auffangnetz der Gesellschaft. Seit 2011 ist die wirtschaftliche Sozialhilfe jährlich um rund eine Million Franken angestiegen, von 2012 auf 2013 sogar um 1,4 Millionen. Das ist eine Herausforderung, die es gilt zu bewältigen.

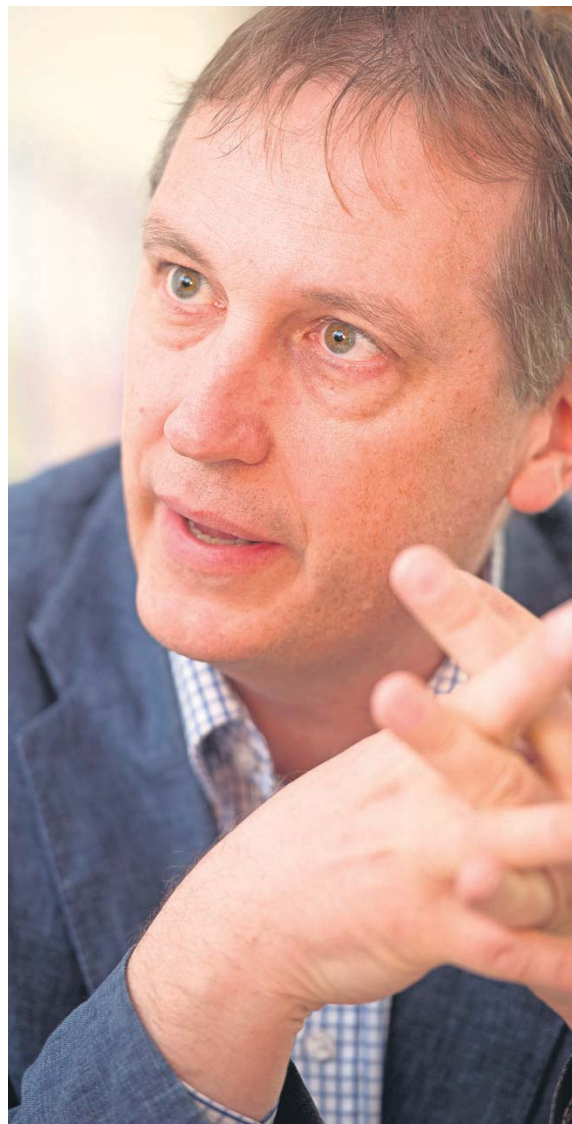
Bedeutet dieser Kostenanstieg, dass in anderen Bereichen gespart werden muss?

Die wirtschaftliche Sozialhilfe ist ein separater Posten im Budget. Wir sind gesetzlich verpflichtet, diese Leistungen auszubehalten. Ein Ansteigen der Kosten in diesem Bereich hat jedoch keine Auswirkungen auf andere Bereiche, aber natürlich auf den Staatshaushalt.

Die Zahl der hilfsbedürftigen Menschen und somit der Kostenaufwand für das Amt nehmen in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiter zu. Wie ist das mit den Sparmassnahmen der Regierung zu vereinen?

Natürlich ist der Staatshaushalt immer wieder ein Thema. Die Regierung hat jedoch in ihrem Regierungsprogramm festgehalten, dass sie ihre Entschiede im Bewusstsein trifft, dass sich eine intakte Gesellschaft auch am Wohl der sozial Schwächsten misst. Sie setzt sich deshalb für die Solidarität in der Gesellschaft ein. Das ist ein klares Bekenntnis, die sozial Schwächsten nicht fallen zu lassen.

Wie wollen Sie diesem Trend der steigenden Kosten künftig entgegenwirken?



Karl-Anton Wohlwend ist seit zehn Monaten Leiter des Amtes für Soziale Dienste. (Foto: Michael Zanghellini)

Für mich gibt es zwei Bevölkerungsgruppen, die besondere Unterstützung benötigen. Zum einen sind es die Menschen über 50 Jahre - teilweise Langzeitarbeitslose - die wir unterstützen müssen. Ein 50-Jähriger, der es nicht mehr schafft, eine Stelle zu finden, hat oft das Gefühl, ein Versager zu sein. Mit der verlorenen Arbeit hat er auch sein Selbstwertgefühl verloren und bevor er sich irgendwo Hilfe holt, zieht er sich in die Isolation zurück. Hier müssen wir Wege finden, damit diese Menschen eine sinnvolle Lebensgestaltung finden. Einen weiteren Fokus wollen wir auf die Jugendlichen und jungen Erwachsenen legen. Wir wollen den jungen Menschen einen guten Start ins Leben ermöglichen. Entscheidend ist auch hier eine gute Ausbildung.

2011 wurde, noch ohne Ihre Mitwirkung, ein sozialpolitisches Leitbild erarbeitet. Dient das Leitbild dennoch als Vorlage Ihrer Arbeit?

Die Vorgängerregierung hat mit dem sozialpolitischen und familienpolitischen Leitbild gute Arbeit geleistet. Die neue Regierung hat in ihrem Regierungsprogramm ebenfalls wichtige Akzente gesetzt. Derzeit prüfen wir, wo das Leitbild nicht mehr zeitgemäss ist und entsprechend angepasst werden muss.

In welche Richtung soll die Sozialpolitik Liechtensteins künftig gehen? Der Wohlstand hat in den vergangenen Jahren sehr stark zugenommen. Diese erfreuliche Errungenschaft hat jedoch auch eine Kehrseite. Wir stellen zunehmend eine soziale Verwahrlosung fest. Besonders Jugendliche,

welche die Schule abbrechen, oder keine Ausbildung haben, aber auch junge Erwachsene, die nicht mit Geld umgehen können, sind davon betroffen. Wir wollen hier sensibilisieren und den Menschen wieder den Umgang mit den Ressourcen, den Umgang mit Geld bewusster machen und den Hunger wecken, ihr Leben wieder sinnvoll zu gestalten. Zudem wollen wir auch die Erziehenden, die Eltern, die Grosseltern und die Gesellschaft sensibilisieren, junge Menschen zu fördern, aber auch zu fordern.

Welche Verantwortung übernimmt das Amt?

Im Zuge der Reorganisation des Amtes im vergangenen Herbst haben wir Spezialisierungen geschaffen. Es gibt nun Mitarbeiter, die schwerpunktmässig für die Arbeitslosen verantwortlich sind, Mitarbeiter, die sich um die Erwerbsunfähigen kümmern, und Mitarbeiter, welche beispielsweise die Hintergründe der jungen Erwachsenen beleuchten und versuchen, auf konzeptioneller Ebene die Situation zu verbessern. Wir wollen hier auch die Zusammenarbeit mit dem Schulamt, dem Amt für Volkswirtschaft und dem Amt für Berufsbildung- und Berufsberatung intensivieren. Denn ein junger Erwachsener, der sein ganzes Leben von Sozialhilfe lebt, würde die Gesellschaft über eine Million Franken kosten. Das Thema Solidarität ist besonders wichtig - unter den verschiedenen Berufsgruppen und auch Gesellschaftsschichten. Aus diesem Grund sind wir daran zu überlegen, wie wir Menschen fördern können, die der Gesellschaft etwas zurückgeben wollen.